

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

09.04.2024

Ausschussbetreuender Fachbereich

Umwelt und Technik

Schriftführung

Michael Schirmer

Telefon-Nr.

02202-141356

Niederschrift

**Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung
Sitzung am Dienstag, 05.03.2024**

Sitzungsort

Rathaus Gladbach, Großer Sitzungssaal, Konrad-Adenauer-Platz 1, 51465 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 18:35 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 **Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung am 28.11.2023 - öffentlicher Teil**
0041/2024
- 4 **Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden**
- 5 **Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 6 **Nachverfolgung aller wesentlichen Maßnahmen analog zu § 5 Abs. 1 der**

Zuständigkeitsordnung
0035/2024

- 7 **Stellungnahme der Stadt Bergisch Gladbach zum Lärmaktionsplan 4. Runde, Öffentliche Auslegung, Phase 1, nach EU-Umgebungslärmrichtlinie für die Stadt Overath**
0045/2024
- 8 **Personalsituation im FB 7**
0709/2023
- 9 **Personalsituation im Fachbereich 3**
0039/2024
- 10 **Personalsituation bei 8-67 - StadtGrün**
0721/2023
- 11 **Personalsituation in Fachbereich 10 - Feuerwehr und Rettungsdienst**
0048/2024
- 12 **Haushaltsplanberatungen Teilhaushalt 2024/2025 für die Produktgruppe Umweltschutz (14.736)**
0040/2024
- 13 **Haushaltsplanberatungen für die Produktgruppen „Brandschutz“ (02.370) und „Rettungsdienst“ (02.375) für die Haushaltsjahre 2024 und 2025**
0057/2024
- 14 **Haushaltsplanberatungen für die Produktgruppen 02.310, 02.320, 02.330, 02.340, 15.390 für das Haushaltsjahr 2024/2025**
0081/2024
- 15 **Haushaltsplanberatungen für die Produktgruppen 13.870 - Öffentliches Grün, Landschaftsbau und 13.875 - Friedhofs- und Bestattungswesen für das Haushaltsjahr 2024/2025**
0079/2024
- 16 **Haushaltsplanberatungen der Produktgruppe 13.806 - Land- und Forstwirtschaft für das Haushaltsjahr 2024**
0083/2024
- 17 **Anpassung der Grillhüttenmiete**
0067/2024
- 18 **Anregung vom 27.11.2020, in einem der Parks oder der Grünbereiche der Stadt Bergisch Gladbach ein Wassertretbecken anzulegen**
0065/2024
- 19 **Maßnahmenbeschluss zur Vergabe von Kanalinspektionsarbeiten (öffentlicher Kanal und private Hausanschlussleistungen) in der Altenberger-Dom-Straße sowie Ausschreibung und Beauftragung eines Ingenieurvertrages**
0105/2024
- 20 **Maßnahmenbeschluss zur Vergabe des Rahmenvertrages Kanalreinigung mittels Hochdruckspülverfahren im Vorlauf zur Kanalinspektion**
0094/2024
- 21 **Umsetzung der Maßnahme des Abwasserbeseitigungskonzeptes 01.02.42 Saaler**

Str. Sanierung MW
0091/2024

**22 Umsetzung der Maßnahme des Abwasserbeseitigungskonzeptes 01.02.40
Gartenstraße / Falltorstraße Kanalsanierung (MW)**
0089/2024

23 Anträge der Fraktionen

23.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 18.12.2023 "Ein neuer Job für Tünnes und Schäl"
0097/2024

**23.2 Gemeinsamer Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der SPD-Fraktion
vom 29.12.2023 zum Grundstück Britanniahütte 16**
0074/2024

24 Anfragen der Ausschussmitglieder

N Nicht öffentlicher Teil

1 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - nicht öffentlicher Teil

**2 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses
für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung am 28.11.2023 - nicht
öffentlicher Teil**
0043/2024

3 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden

4 Mitteilungen des Bürgermeisters

**5 Unterrichtung des Ausschusses über die Vergabe von Aufträgen über 10.000 €
netto für das 2. Halbjahr 2023**
0042/2024

6 Videoüberwachung von Containerstandplätzen
0088/2024

7 Ersatzbeschaffung eines Schmalspur-Friedhofsbaggers für StadtGrün
0078/2024

8 Anträge der Fraktionen

9 Anfragen der Ausschussmitglieder

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Vorweganmerkung der Schriftführung:

Durch die technischen Gegebenheiten im Ratssaal Bergisch Gladbach musste die Aufnahme durch das im Aufnahmegerät befindliche interne Mikrofon bewerkstelligt werden. Trotz Vollaussteuerung sind vereinzelt Wortbeiträge leider nur äußerst schwer zu verstehen, so dass die Schriftführung keine Gewähr übernehmen kann, dass sich auch alle relevanten Wortmeldungen im Protokoll wiederfinden.

Sollte aus Sicht der Sitzungsteilnehmenden ein wesentlicher Beitrag fehlen oder unrichtig wiedergegeben worden sein, bittet die Schriftführung um einen entsprechenden Hinweis

Der Vorsitzende des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung (AIUSO), Herr Wagner, eröffnet die 19. Sitzung dieses Ausschusses in der zehnten Wahlperiode und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Für die CDU-Fraktion nimmt Frau Feß den derzeit unbesetzten Platz ein, Herr Ambrosini vertritt Herrn Dr. Bothe, Herr Lucke wird von Herrn Henkel vertreten. Bei der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vertritt Frau Skribbe Herrn Kirch, Herr van Loon nimmt statt Herrn Lobermeier an der Sitzung teil. Bei der FDP-Fraktion ist Herr Steinbuck anstatt Herr Laschet anwesend. Für den Seniorenbeirat vertritt Herr Herrmann Herrn Derda.

Frau Leveling teilt mit, dass Frau Mohr sich verspäten wird. Sie wird temporär von Herrn Kochan vertreten.

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Da gegen die Niederschrift keine Einwände erhoben werden, gilt sie als genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung am 28.11.2023 - öffentlicher Teil

0041/2024

Ohne Wortmeldungen wird der Bericht zur Kenntnis genommen.

4. Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden

Keine.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Dekker verliest zwei Mitteilungen. Der Sprechzettel ist dieser Niederschrift beigelegt. Außerdem stellt er ein Verbotsschild im Zusammenhang mit den vermüllten Containerstandorten vor; ein Schild wurde bereits an einem besonderen Problembereich in Hebborn errichtet. Derartige Schilder sollen sukzessive an weiteren notwendigen Stellen angebracht werden.

Herr Nollen führt zum Thema Skatepark aus, dass im Februar ein mehrstündiger Dialog mit der Bürgerinitiative stattgefunden habe. Außerdem fand wenige Wochen später ein Informationsabend in den Räumlichkeiten der Otto-Hahn-Schulen statt. Bei den ausgetauschten Pro- und Kontra-Argumenten in diversen Themenfeldern konnten mehrere davon in der Planung berücksichtigt werden.

Herr Martin Wagner informiert darüber, dass Ende des letzten Jahres eine neue Projektsteuerung für das Abwasserbeseitigungskonzept beauftragt werden konnte. Das Büro befinde sich zurzeit noch in der Einarbeitungsphase. Die für einige Zeit ausgesetzte Vorlage zur Nachverfolgung von Abwasserbeseitigungskonzept-Maßnahmen könne ab nächster Sitzung als permanenter Tagesordnungspunkt aber wieder in den Ausschuss eingebracht werden. Dadurch werde der Ausschuss wieder mit aktuellen zeitlichen und finanziellen Angaben zu einzelnen Maßnahmen umfassend versorgt.

Herr Dr. Waniczek möchte von Herrn Nollen wissen, wie er den Zufriedenheitsgrad innerhalb der Bürgerinitiative persönlich einschätze.

Herr Nollen antwortet, dass man nach den Gesprächen friedlich auseinander gehen konnte. Insbesondere dürfte die Initiative viele Erkenntnisse bekommen haben, die sie vorher nicht hatte. Es konnten naturgemäß nicht alle vorgebrachten Bedenken ausgeräumt werden, da teilweise von falschen Kenntnisständen ausgegangen wurde. Er sichert zu, dass mit den Bedenken sehr sensibel umgegangen werde.

6. Nachverfolgung aller wesentlichen Maßnahmen analog zu § 5 Abs. 1 der Zuständigkeitsordnung 0035/2024

Frau Leveling möchte zum unter der laufenden Nummer 10 (Ertüchtigung der Energie- und Wärmeanlage aus der Kläranlage Beningsfeld) erwähnten Havariefall nähere Information.

Herr Wagner teilt mit, dass der Havariefall sich auf das Starkregenereignis im Juli 2021 beziehe, bei dem ca. die Hälfte des Geländes unter Wasser stand. Es ist also kein neuer Fall. Die dabei entstandenen sehr hohen Schäden wurden der vertraglich verbundenen Versicherung gemeldet. Außerdem biete das Land NRW ein Programm an. Er sei zuversichtlich, dass hierüber ein Teil der Kosten refinanziert werden könne. Über dieses Programm können darüber hinaus auch präventive Maßnahmen angemeldet werden.

Ohne weitere Wortmeldung wird die Vorlage zur Kenntnis genommen.

7. Stellungnahme der Stadt Bergisch Gladbach zum Lärmaktionsplan 4. Runde, Öffentliche Auslegung, Phase 1, nach EU-Umgebungslärmrichtlinie für die Stadt Overath 0045/2024

Der Beschluss

„Der Ausschuss beschließt die Stellungnahme der Verwaltung zur Aufstellung des Lärmaktionsplans 4. Runde, Öffentliche Auslegung, Phase 1, nach EU-Umgebungslärmrichtlinie für die Stadt Overath“

wird ohne Debatte einstimmig gefasst.

**8. Personalsituation im FB 7
0709/2023**

Herr Ebert hält diese Mitteilungsvorlage wie auch die folgenden Vorlagen, die die Personalsituation einzelner Bereiche beleuchten, für sehr sorgfältig erarbeitet. Sie können als mehr als taugliche Grundlage für Entscheidungen der Politik für den Personalbereich dienen.

Ohne weiteren Wortbeitrag wird die Vorlage zur Kenntnis genommen.

**9. Personalsituation im Fachbereich 3
0039/2024**

Hier wurde die Vorlage ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

**10. Personalsituation bei 8-67 - StadtGrün
0721/2023**

Auch diese Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

**11. Personalsituation in Fachbereich 10 - Feuerwehr und Rettungsdienst
0048/2024**

Dasselbe gilt auch für diese Vorlage.

**12. Haushaltsplanberatungen Teilhaushalt 2024/2025 für die Produktgruppe Umweltschutz (14.736)
0040/2024**

Herr Henkel kündigt für diese als auch für die folgenden Haushaltsvorlagen an, dass seine Fraktion sich bei den Beschlüssen enthalten werde.

Diesem Vorgehen möchte sich Herr Steinbuck (FDP) anschließen.

Herr Ebert hat für dieses Verhalten wenig Verständnis. In den Fachausschüssen sollten Sachdiskussionen geführt und Beschlüsse gefasst werden, die den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften in seiner Betrachtung des gesamten Haushaltes unterstützen.

Somit wird dem Beschlussvorschlag

„Der Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung berät die beigefügten Haushaltsplanansätze entsprechend dem überarbeiteten Haushaltsplanentwurf 2024 für die nachstehende Produktgruppe und leitet sie in der vorgestellten Fassung zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften sowie zur Beschlussfassung an den Rat weiter.“

einstimmig bei Enthaltungen der Fraktionen CDU und FDP zugestimmt.

13. Haushaltsplanberatungen für die Produktgruppen „Brandschutz“ (02.370) und „Rettungsdienst“ (02.375) für die Haushaltsjahre 2024 und 2025
0057/2024

Dem Beschlussvorschlag

„Der Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung empfiehlt, die Teilergebnispläne für die Produktgruppen „Brandschutz“ und „Rettungsdienst“ in der vorgestellten Entwurfsfassung zu beschließen.“

wird einstimmig bei Enthaltungen der Fraktionen CDU und FDP zugestimmt.

14. Haushaltsplanberatungen für die Produktgruppen 02.310, 02.320, 02.330, 02.340, 15.390 für das Haushaltsjahr 2024/2025
0081/2024

Der Beschlussvorschlag

„Der Ausschuss für Infrastruktur, Umwelt, Sicherheit und Ordnung empfiehlt, die Teilergebnispläne für die Produktgruppen 02.310, 02.320, 02.330, 02.340 und 15.390 in der vorgestellten Entwurfsfassung zu beschließen.“

wird einstimmig bei Enthaltungen der Fraktionen CDU und FDP angenommen.

15. Haushaltsplanberatungen für die Produktgruppen 13.870 - Öffentliches Grün, Landschaftsbau und 13.875 - Friedhofs- und Bestattungswesen für das Haushaltsjahr 2024/2025
0079/2024

Einstimmig bei Enthaltungen der Fraktionen CDU und FDP wird der Beschlussvorschlag

„Der Ausschuss für Infrastruktur, Sicherheit und Ordnung empfiehlt dem Rat, die Teilergebnispläne für die Produktgruppen 13.870 Öffentliches Grün, Landschaftsbau und 13.875 Friedhofs- und Bestattungswesen in der vorgestellten Entwurfsfassung zu beschließen.“

angenommen.

16. Haushaltsplanberatungen der Produktgruppe 13.806 - Land- und Forstwirtschaft für das Haushaltsjahr 2024
0083/2024

Der Beschlussempfehlung

„Der Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung empfiehlt dem Rat, den Teilhaushalt 2024 der Abteilung 8-24 – Grundstücks- und Gebäudemanagement bezüglich der Produktgruppe 13.806 – Land- und Forstwirtschaft in der vorgestellten Entwurfsfassung zu beschließen.“

wird bei Enthaltungen der Fraktionen CDU und FDP einstimmig gefolgt.

17. Anpassung der Grillhüttenmiete
0067/2024

Frau Außendorf präferiere das Szenario II des Beschlussvorschlages, das den Vorteil biete, dass auch Kitas und Schulklassen in den Genuss von Ermäßigungen gelangen können. Sie möchte den Bezug von Ermäßigungen auch auf gemeinnützige Vereine ausdehnen.

Herr Schütz fragt auch angesichts des umliegenden Waldgebietes nach der Zulässigkeit, wenn ohne die eigentliche Erlaubnis zur Nutzung der Grillhütte an diesen Stellen wild gegrillt werde, letztlich ohne den Mietzins zu zahlen. Er weist auch auf die latente Waldbrandgefahr hin.

Herr Nollen erläutert, dass dieses Verhalten tatsächlich nicht erlaubt sei, werde aber leider regelmäßig beobachtet. Dabei sei das verschlossene Equipment nebst Toilette und Strom nicht nutzbar. Die Grillhütte selbst sei jedoch ungehindert zugänglich. Trotz vieler Gedanken zur Abhilfe des Wildgrillens sehe er keine geeignete Möglichkeit, insbesondere durch bauliche Maßnahmen, dieses Treiben zu unterbinden.

Herr Henkel würde ebenfalls das Szenario 2 bevorzugen. Im Arbeitskreis wurde eine Gesamtaufstellung der Kosten angesprochen, damit man erfährt, welche Kosten im Laufe des Jahres bei den Grillhütten anfallen. Insbesondere aus den Abschreibungen des Anlagevermögens könne man ableiten, welcher Bedarf in den nächsten Jahren entstehen wird und wie ggf. rechtzeitig gegengelenkt werden kann.

Herr Nollen sagt zu, dass in den nächsten 12 Monaten beobachtet werde, wie sich der Verlauf der Einnahmen und Ausgaben entwickle. Ggf. werde man anschließend bei gravierenden Abweichungen den Ausschuss entsprechend informieren.

Herr Schütz ergänzt seine vorherige Frage um eine entsprechende Beschilderung und Kontrollen durch das Ordnungsamt, wodurch dem Wildgrillen Einhalt geboten werden könnte. Er weist zudem nochmals auf die Waldbrandgefahr und die Umweltverschmutzung durch liegengelassene Verpackungen hin.

Das insgesamt verbotene Wildgrillen sei nach Herrn Nollen kein punktuell Problem, sondern eher ein gesamtstädtisches. Die Beschilderung von sensiblen Stellen in Grünanlagen zur Verdeutlichung von erlaubten und nicht zulässigen Verhaltensweisen stehe in näherer Zukunft an.

Herr Ebert greift den Einwurf von Herrn Schütz auf. Wenn Müll entsorgt und auch darauf geachtet werde, dass kein Brand entstehe, sei gegen Wildgrillen eigentlich nichts einzuwenden. Dies entspreche aber leider nicht der Realität, so dass ein Einschreiten der Ordnungsbehörde nicht zu umgehen sei.

Frau Kaul fragt, ob die Grillhütten insgesamt und die WC-Anlagen barrierearm sind. Wenn nein, können diese im Rahmen der neuen Entgeltordnung entsprechend ertüchtigt werden.

Herr Nollen sagt eine Prüfung zu.

Frau Außendorf regt nochmals an, auch gemeinnützige Vereine in die Vergünstigung der Entgelte aufzunehmen.

Herr Ebert schlägt vor, hinsichtlich der Barrierefreiheit bzw. -armut den Inklusionsbeirat zu einer Ortsbesichtigung im Rahmen eines zwanglosen Grilltages einzuladen, damit dieser im Benehmen mit der Verwaltung ggf. Verbesserungsmöglichkeiten aufzeigen könne.

Herr Henkel ergänzt den Vorschlag von Frau Außendorf, dass man sich auf in Bergisch Gladbach eingetragene gemeinnützige Vereine beschränken solle.

Herr Wagner formuliert den Beschlussvorschlag mit den vorgeschlagenen Änderungswünschen wie folgt neu:

„Die Mieten für die beiden städtischen Grillhütten werden gemäß Szenario II (weiterhin mit Ermäßigungen) angepasst. Sie werden auf 50 € vormittags (10 - 16 Uhr), 110 € nachmittags (17 - 08 Uhr Folgetag) und ganztags 150 € (10 - 08 Uhr Folgetag; auch am Wochenende und feiertags) festgesetzt. Ermäßigte Mieten für Kitas, Schulen und in Bergisch Gladbach eingetragene gemeinnützige Vereine sind (je Mo.-Fr.) nachmittags zu 75 € und ganztägig zu 100 € möglich.“

Er lässt über diesen Vorschlag abstimmen. Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

18. Anregung vom 27.11.2020, in einem der Parks oder der Grünbereiche der Stadt Bergisch Gladbach ein Wassertretbecken anzulegen
0065/2024

Frau Außendorf bemängelt zunächst die überaus lange Dauer, bis der Antrag aus dem Ausschuss für Anregungen und Beschwerden nunmehr im hiesigen Fachausschuss behandelt werden könne. Sie könne nachvollziehen, dass eine Realisierung durch verschiedene Gründe erschwert werde. Sie bittet aber darum, dass bei künftigen Planungen die Anlage eines Beckens mitgedacht werde.

Herr Nollen entschuldigt sich eingangs für die lange Bearbeitungsdauer. Stadtgrün halte die Anlage eines Wassertretbeckens gerade im Hinblick auf den Klimawandel trotz allem für sehr sinnvoll. Er sagt zu, der Bitte von Frau Außendorf im Rahmen von Baumaßnahmen an Fließgewässern zu entsprechen und eine diesbezügliche Prüfung vorzunehmen.

Herr Wagner regt an, dass die Verwaltung die vorliegende Vorlage zurückzieht und in der nächsten Sitzung eine durch die Wortbeiträge angepasste Vorlage erneut einbringt.

Frau Außendorf meint, dass durch die relativ weiche Formulierung in der Vorlage das zuvor Gesagte hineininterpretiert werden könne. Daher brauche es keine neue Vorlage.

Herr Ebert schließt sich dieser Auffassung an.

Herr Wagner lässt anschließend abstimmen:

Dem Beschlussvorschlag

„Die Einrichtung eines Wassertretbeckens wird nicht als eigenständiges Projekt weiterverfolgt. Bei anderweitig notwendigen Baumaßnahmen an Fließgewässern soll im Sinne der Blau-Grünen Infrastruktur die Zugänglichkeit zum Gewässer - z.B. in Form eines Wassertretbeckens - auch weiterhin geprüft und wenn möglich in das Projekt integriert werden. Es soll nach geeigneten Örtlichkeiten gesucht und geprüft werden, wie eine Realisierung mit vertretbarem Aufwand bewerkstelligt werden könne.“

wird einstimmig gefolgt.

19. Maßnahmenbeschluss zur Vergabe von Kanalinspektionsarbeiten (öffentlicher Kanal und private Hausanschlussleistungen) in der Altenberger-Dom-Straße sowie Ausschreibung und Beauftragung eines Ingenieurvertrages
0105/2024

Herr Henkel fragt, wann die eigentliche Tiefbaumaßnahme durchgeführt werden soll und verweist auf Aktivitäten auf der Altenberger-Dom-Straße.

Herr Martin Wagner antwortet, dass zunächst die Prüfung von Hausanschlüssen, die über einen anderen Vertrag abgewickelt werden, durchgeführt wurde.

Dem Beschlussvorschlag

„Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften beschließt die Freigabe der Mittel zur Vergabe von Kanal-TV-Untersuchungen in der Altenberger-Dom-Straße und zur Vergabe eines Ingenieurvertrages zur Erstellung eines ganzheitlichen Sanierungskonzeptes (private Anschlussleistungen und öffentlicher Kanal) im Vorlauf zu geplanten Straßenausbauarbeiten in der Altenberger-Dom-Straße.“

wird ebenfalls einstimmig gefolgt.

20. Maßnahmenbeschluss zur Vergabe des Rahmenvertrages Kanalreinigung mittels Hochdruckspülverfahren im Vorlauf zur Kanalinspektion
0094/2024

Herr Wagner erläutert, dass ansonsten für diese Leistung stadteigene Spülfahrzeuge abgezogen werden müssten. Dies würde zu einem deutlichen Leistungseinbruch in der Kanalunterhaltung führen. Daher sollen diese Leistungen extern vergeben werden.

Auch der Beschlussvorschlag

„Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften beschließt die Umsetzung der Vergabe eines Rahmenvertrages Kanalreinigung mittels Hochdruckspülverfahren im Vorlauf zur Kanalinspektion für die Dauer von 72 Wochen gemäß der Beschreibung in der Sachdarstellung.“

wurde einstimmig beschlossen.

21. Umsetzung der Maßnahme des Abwasserbeseitigungskonzeptes 01.02.42 Saaler Str. Sanierung MW
0091/2024

Ohne Wortbeitrag erfolgte die Abstimmung über den Beschlussvorschlag

„Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften beschließt die Umsetzung der Maßnahme des Abwasserbeseitigungskonzeptes „01.02.42 Saaler Str. Sanierung MW“ gemäß der Beschreibung in der Sachdarstellung.“

einstimmig.

22. Umsetzung der Maßnahme des Abwasserbeseitigungskonzeptes 01.02.40 Gartenstraße / Falltorstraße Kanalsanierung (MW)
0089/2024

Ohne Aussprache wurde der Beschlussvorschlag

„Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften beschließt die Umsetzung der Maßnahme des Abwasserbeseitigungskonzeptes „01.02.40 Gartenstraße / Falltorstraße Kanalsanierung (MW)“ gemäß der Beschreibung in der Sachdarstellung.“

einstimmig angenommen.

23. Anträge der Fraktionen

23.1. Antrag der FDP-Fraktion vom 18.12.2023 "Ein neuer Job für Tünnes und Schäl" 0097/2024

Nach Ausführung von Herrn Dekker befinden sich die Lastenräder entgegen der Aussage im Antrag nicht im Eigentum der Stadt selbst, sondern bei der EBGL. Daher sei der Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung auch nicht der zuständige Ausschuss. Daher wurde die Vorlage als Mitteilungsvorlage konzipiert, so dass ein eventuell zu beanstandener Beschluss nicht gefasst werden müsse. Es werde aber augenblicklich versucht, Nutzungsmöglichkeiten für die Lastenräder auf dem Zanders-Gelände zu finden. Dabei zeigen sich zurzeit bereits gute Ergebnisse. Insgesamt sei es seiner Meinung nach sinnvoller, die Räder an die Stadt, als wie im Antrag beschrieben an die Händler auszuleihen.

Herr Ebert sieht die in Regie der EBGL stehenden Fahrräder dort gut aufgehoben. Sinnvolle Nutzungen der Räder zu suchen waren auch schon im ursprünglichen Beschaffungsantrag als Zielrichtung definiert.

Herr Steinbuck beschreibt nochmals kurz den hinter dem Antrag steckenden Gedankengang. Es gehe vorrangig darum, dass die Räder nicht noch weitere Jahre ungenutzt in der Ecke stehen, sondern zeitnah einem zielgerechten Zweck zugeführt werden.

Herr Ebert sehe nicht ein, die Räder an Privat zu verleihen, wenn sich innerhalb der Verwaltung eine Nutzung ergebe.

Herr Ambrosini möchte wissen, welche Art von Nutzung auf dem Zanders-Gelände geprüft werde.

Herr Dekker antwortet, dass das Gelände sehr groß sei und sich dort sicherlich vielerlei Transportfahrten ergeben könnten, um Gegenstände von A nach B zu bringen. Er bietet an, in der nächsten Sitzung die bisher gewonnenen Erfahrungswerte aus der Testphase näher zu beleuchten, wenn gewünscht.

Auch Frau Außendorf meint, dass die Räder im Augenblick gut genutzt würden.

Nach einer weiteren Einlassung von Herrn Steinbuck zum Grundgedanken des Antrages hält Herr Schütz den ursprünglichen Beschaffungsantrag für einen Prestigeantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN. Nun stünden die Räder ungenutzt herum, was er für einen Skandal halte.

Herr Dekker verweist hinsichtlich der Tatsache, dass die Räder seit der Beschaffung weitgehend ungenutzt herumstehen, auch auf die zwingende Beteiligung des städtischen Personalrates.

Frau Dr. Steinmetzer stellt richtig, dass der Beschaffungsantrag seinerzeit von den drei Ampel-Fraktionen beschlossen wurde (darunter auch die FDP-Fraktion).

Herr Ebert weist den Vorwurf eines ideologisch gefärbten Antrages entschieden zurück.

Herr Dr. Waniczek hält die Investition für gänzlich rausgeschmissenes Geld. Auch er bezeichnet die gegenwärtige Situation als skandalös.

Herr Ambrosini sieht einen Lerneffekt auf Seiten der FDP, Fehler aus der Vergangenheit nicht zu wiederholen. Die Höhe der Investition (34.000 €) als Peanuts zu bezeichnen, hält er zumindest für

bemerkenswert. Man hätte bereits im Vorfeld der Beschaffung wissen müssen, dass der Personalrat Bedenken äußern würde.

Herr van Loon verteidigt den ursprünglichen Antrag. Durch diesen werde zumindest versucht, eine Änderung herbeizuführen. Daher fasst er den Begriff des Prestigeantrages zunächst als Kompliment auf. Die auch damals schon vorhandene Planung konnte aber leider nicht realisiert werden.

Herr Maus hebt auf die Wirtschaftlichkeit ab. Gegen eine Nutzung auf dem Zanders-Gelände sei nichts Weiteres einzuwenden. Bei einer Nutzung außerhalb des Zanders-Geländes schlugen jedoch Personalkosten überdurchschnittlich durch. Insgesamt sei die Investition weder wirtschaftlich noch CO₂-neutral, da inzwischen verstärkt auf Kraftstoffe zurückgegriffen werde, die schadstoffärmer seien.

Herr Ambrosini weist auf die Einlassung von Herrn van Loon darauf hin, dass auch die CDU-Fraktion in der Vergangenheit schon viele Anträge eingebracht habe, die einen wesentlich größeren Einfluss auf beispielsweise Klimaschutz haben als die in Rede stehenden Räder.

Herr Wagner schlägt abschließend vor, die Mitteilungsvorlage so zur Kenntnis zu nehmen. In einer der nächsten Ausschusssitzungen werde sicherlich über den Einsatz und Auslastung der Räder auf dem Zanders-Gelände berichtet werden können.

23.2. Gemeinsamer Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der SPD-Fraktion vom 29.12.2023 zum Grundstück Britanniahütte 16
0074/2024

Herr Wagner weist anfangs darauf hin, dass unterdessen ein von den Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und SPD gestellter Änderungs- und Ersetzungsantrag vorliege. Dieser ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Herr Ebert erläutert, dass inzwischen ein Beschluss im Schulausschuss gefasst wurde, der insbesondere Prüfaufträge in Bezug auf die Nutzung des Grundstücks umfasst. Daher sei der zweite Punkt im Beschlussvorschlag im hiesigen Ausschuss entbehrlich.

Der Beschlussvorschlag

„Der Änderungs- und Ersetzungsantrag wird in den Hauptausschuss verwiesen.“

wurde einstimmig angenommen.

24. Anfragen der Ausschussmitglieder

Frau Dr. Steinmetzer weist im Zusammenhang mit Baumfällungen anlässlich der Sanierung der Paffrather Straße gegenüber Center-Shop darauf hin, dass ihr im Arbeitskreis bekannt wurde, dass explizit im Ausschuss für Mobilität und Verkehrsflächen darüber keine Information erfolgte. Sie fragt, ob die Fällungen bereits in der Planung der Sanierungsmaßnahme vorgesehen waren oder ob sie erst während der Ausführung der Maßnahme bekannt wurden. Sind darüber hinaus weitere Fällungen angedacht?

Herr Nollen antwortet, dass tatsächlich erst nach Auftragsvergabe festgestellt wurde, dass die Bäume nicht zu halten seien. In mehreren Ortsterminen mit der Abteilung Verkehrsflächen wurde besprochen, ob einzelne Bäume nicht doch erhalten bleiben können. Vielfach waren Wurzelaufrühe zu verzeichnen. Es wurde u. a. geprüft, ob das Wurzelwerk abgefräst werden könne. Im Zuge der Maßnahmen wurden im Umfeld von erhaltenswerten Bäumen Klebebordsteine gesetzt, um dem Wurzelwerk mehr Platz zu geben.

Für die entnommenen Bäume wurden aber bereits neue Bäume gepflanzt. Auf dem Gelände der Feuerwehr müssen allerdings weitere Bäume gefällt werden.

Herr Ambrosini fragt (abgestimmt mit der Abteilung Verkehrsflächen) zur Firma Straßenflex, die Ausbesserungen an schadhaften Stellen im Asphalt vornehmen, ob dieses von dieser Firma angewandte und relativ kostengünstige Verfahren nicht weiter eingesetzt werden könne, da der erteilte kleinere Auftrag inzwischen ausgeschöpft sei. Hier nennt er beispielsweise die K 41 als weiteren Einsatzbereich.

Herr Dekker sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Wagner schließt um 18:15 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

Ausschussvorsitzender

Schriftführung

